

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstr. 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch



Linke und Rechte bringen neuen Schwung in die Schweizer Europapolitik

von Laurent Goetschel, Professor Politikwissenschaft, Europainstitut, Universität Basel

In den vergangenen Wochen haben Linke und Rechte neuen Schwung in die Schweizer Europapolitik gebracht: Die Sozialdemokraten haben an ihrer Delegiertenversammlung vom 4. März 2006 eine umfangreiche Europa-plattform verabschiedet. Zugleich ist in der letzten Woche der Frühjahrs-session bekannt geworden, dass die Lega dei Ticinesi zusammen mit den Schweizer Demokraten (SD), der AUNS und voraussichtlich der SVP das Referendum gegen die Rechtsgrundlage für die Kohäsionszahlungen der Schweiz an die EU zu ergreifen gedenkt. Damit kommt Dynamik in die Integrationspolitik der Schweiz noch lange bevor der für den Sommer erwartete neue Integrationsbericht des Bundesrates auf dem Tisch liegt. Zugleich ist von diesem Schwung eine weitere Versachlichung der Europapolitik zu erwarten.

Die neue Europa-plattform der SP weist mindestens drei interessante Besonderheiten auf:

Erstens geht es nicht darum, grundsätzliche Glaubensbekenntnisse für oder gegen die EU loszuwerden, sondern es wurden quasi sämtliche Politikbereiche, in denen die EU aktiv ist, unter die Lupe genommen und untersucht, welche Auswirkungen davon auf die Schweiz im Falle eines Beitrittes zu erwarten wären. Gestützt auf diese Analyse wurden dann jeweils in einem gesonderten Unterkapitel die spezifischen Forderungen, die aus parteipolitischer Sicht der SP zu erheben wären, dargelegt. Zweitens erhebt die Partei mit ihrer Plattform

die Forderung nach der möglichst baldigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Primäres Ziel ist jedoch nicht, möglichst bereits morgen der EU beizutreten, sondern zunächst einmal Klarheit darüber zu gewinnen, wie ein mögliches Verhandlungsergebnis mit der EU aussehen würde. Auf dieser Grundlage wäre dann auch zu entscheiden, ob die Schweiz der EU beitrifft oder nicht. Drittens geht die SP davon aus, dass für den Fall eines Beitrittes gewisse Ausnahmen für die Schweiz ausgehandelt werden könnten. Am Prominentesten darunter figuriert die Beibehaltung des Schweizer Franken bzw. die Nicht-Übernahme des Euro. Diese Annahme stützt sich explizit auf die Tatsache, dass andere EU-Länder wie Grossbritannien oder Schweden der Währungsunion ebenfalls nicht angehören. Implizit geht die SP davon aus, dass es für die Schweiz, die als Mitglied eine massive Nettozahlerin der Union wäre, durchaus möglich sein sollte, im Rahmen von Beitrittsverhandlungen gewisse Zugeständnisse zu erhalten.

Das von rechten Gruppierungen und Parteien in Aussicht gestellte Referendum zu den Kohäsionszahlungen der Schweiz wird den Sachverhalt unterstreichen, dass auch die bilaterale Beteiligung der Schweiz am europäischen Integrationsprozess mit direkten Kosten verbunden ist. Das Referendum wird vor allem für die eingefleischten Verfechterinnen und Verfechter des Bilateralismus eine

Herausforderung darstellen. Sie werden das Interesse der Schweiz an dieser Form der Teilhabe am europäischen Integrationsprozess beziffern müssen. Denn nur diese Interessen rechtfertigen Zahlungen von mindestens einer Milliarde Franken über die nächsten fünf Jahre.

Beide Ereignisse, die Europa-plattform der SP und die Referendumsdiskussion, versprechen, einen Beitrag an die Versachlichung der Europa-debatte zu leisten. Es geht bei beiden nicht primär um ein grundsätzliches „Für“ oder „Gegen“ die EU, sondern um das gegenseitige Abwägen von Kosten und Nutzen der Mitwirkung der Schweiz am europäischen Integrationsprozess – ob als EU-Mitglied oder im Rahmen des Bilateralismus. Und dies ist die zentrale politische (und wissenschaftliche) Frage, die sich der Schweiz in ihrem Verhältnis zur EU stellt.



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel



„Differenzierte Integration im Gemeinschaftsprivatrecht“

Konferenz vom 17. und 18. März 2006, Landgut Castelen, Kaiseraugst

von Christa Tobler, Professorin Rechtswissenschaft, Europainstitut, Universität Basel

Am 17. und 18. März 2006 fand auf dem Landgut Castelen in Kaiseraugst die Tagung zum Thema „Differenzierte Integration im Gemeinschaftsprivatrecht“ statt, welche vom Herausgeber und Beirat der Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht in Zusammenarbeit mit dem Europainstitut der Universität Basel durchgeführt wurde. Federführend und treibende Kraft war Prof. Peter Jung von der Universität Basel. Die Tagung widmete sich aus dem spezifischen Blickwinkel des Privatrechts einem zentralen Thema der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union, nämlich der Frage, ob das gemeinsame Recht für alle Mitgliedstaaten gleich gelten soll oder ob es Unterschiede geben darf oder sogar soll. Seit der Amsterdamer Revision sieht der EU-Vertrag für die sog. verstärkte Zusammenarbeit Voraussetzungen und ein spezielles Verfahren vor, das jedoch bisher noch nie zur Anwendung gelangt ist. In der politischen Praxis des Rechts haben sich aber schon längst Formen der differenzierten Integration ausgebildet. Das bekannteste Beispiel dafür stellt wohl die gemeinsame Währung dar, an welcher längst nicht

alle Mitgliedstaaten beteiligt sind (seit der Osterweiterung handelt es sich sogar um eine Minderheit). Was bedeutet nun aber dieses Thema für das Privatrecht? Wiewohl nicht ureigenste Domäne der EG, hat sich über die Jahre hinweg doch ein eigentliches Gemeinschaftsprivatrecht herausgebildet, das unterschiedliche Bereiche beschlägt (das wohl bekannteste Beispiel ist das Gesellschaftsrecht). Allerdings handelt es sich beim Privatrecht aus der Sicht der Mitgliedstaaten zum Teil um sensible Bereiche, und gerade deshalb stellt sich hier die Frage nach dem Nutzen einer differenzierten Integration. Die Tagung begann mit einer Darstellung sehr illustrativer Vorbilder einer differenzierten Integration aus drei verschiedenen Epochen: grenzüberschreitende Sicherungen im antiken Rom, Privatrechtsvereinheitlichung zur Zeit des deutschen Bundes und differenzierte Integration im GATT/WTO-System. Ein zweiter Block befasste sich mit den rechtlichen Vorgaben im EU/EG-Primärrecht und im EU-Verfassungs-

vertrag sowie mit Beispielen und Modellen für eine differenzierte Integration. Anschliessend wurden Chancen und Gefahren einer differenzierten Integration vorgestellt, wobei auch der Weg des autonomen Nachvollzuges der Schweiz das Thema eines der Referate war. Besonders interessant war ein Block, der sich mit einzelnen Rechtsgebieten beschäftigte (Unternehmensrecht, Mobiliarsachenrecht, Familienrecht und Erbrecht). Die Tagung wurde durch eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion abgeschlossen (u.a. der britische Richter Sir Konrad Schiemann vom EuGH, der Präsident des Bundesgerichtshofes, Prof. Günter Hirsch, und der Direktor des Bundesamtes für Justiz, Prof. Heinrich Koller). Ihr Fazit bezüglich einer differenzierten Integration auf dem Gebiet des Gemeinschaftsprivatrechts war verhalten. Am ehesten wurden Modelllösungen befürwortet. Die sehr gut besuchte Tagung sowie die lebhaft diskutierte Diskussion im Anschluss an die verschiedenen Beiträge zeigten, dass das gewählte Thema auf grosses Interesse stösst.

EUROPAINSTITUT

T-SHIRTS

Freunde des Europainstituts können ab sofort im Sekretariat ein mit dem Logo des Europainstituts bedrucktes T-Shirt beziehen.

Preis: CHF 15. —



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Vortragsreihe:

Europa vs. Amerika vs. Europa?

Gemeinsames und Trennendes zweier Welten

Europa versus Amerika versus Europa?

Gemeinsamkeiten und Trennendes zweier Welten

Eine interdisziplinäre Vortragsreihe im Kollegiengebäude. Sommer-Semester 2006, **jeweils 18.15 Uhr** mit anschliessender Diskussion. Für das Fachpublikum wie für das interessierte Stadtpublikum zu einer aktuellen Problematik, die mit zusätzlicher Information und vertiefter Reflexion angegangen werden soll.

Programm

Kurt R. Spillmann, Zürich, 11. April 2006

Amerikanische und europäische Missionsideen

Die Vorstellung, eine besondere geschichtliche Mission zu erfüllen, ist unter den europäischen Nationen bis in die jüngste Zeit verbreitet geblieben, in Fortsetzung der uralten jüdischen, griechischen und römischen Tradition. Die britischen Puritaner, die im 17. Jahrhundert Boston gründeten und Neu-England besiedelten, nahmen diese Idee mit nach Amerika: Sie wollten dort einen christlichen Musterstaat gründen. Die Geschichte dieser Ideen und ihr Weiterleben in der Politik der Gegenwart ist Gegenstand dieses Vortrages.

Georg Kreis, Basel, 18. April 2006

Zum europäischen Antiamerikanismus

Antiamerikanismus ist ein Vorurteil, das sich herausgebildet hat und – mit und ohne Gedächtnis an frühere Verwendung – weiterlebt. Die Hauptfrage lautet aber nicht, ob und inwiefern das Vorurteil ein richtiges Urteil ist, sondern inwiefern es bestimmte Konjunkturen und Funktionen hat, worin seine Bedeutung bei demjenigen besteht, der es produziert und reproduziert. Der Antiamerikanismus sollte auch nicht isoliert betrachtet, sondern in der Palette anderer möglicher Einstellungen zu den USA eingeordnet werden. Da sind zu unterscheiden: die USA als Schwesternation, die USA als momentaner Gegenspieler, die USA als ganz andere Welt, die USA als Vorbild, die USA als kulturelle und/oder politische Bedrohungsgrösse. Dies soll auch an schweizerischen Beispielen aufgezeigt werden. Schliesslich ist nach der Funktion des Anti-Antiamerikanismus zu fragen.

Gret Haller, Bern, 25. April 2006

Staat, Nation und Religion im europäischen und im amerikanischen Denken

Europa hat die Religion im westfälischen Frieden 1648 der Staatlichkeit untergeordnet, während die Auswanderer nach Amerika die umgekehrte Rangfolge wählten. Der staatspolitischen Identität nach europäischem Muster entspricht in den Vereinigten Staaten eine ausgeprägte nationale Identität, welche moralisch und teilweise religiös fundiert ist. Das Referat wird auf die Frage eingehen, welche Rollen in diesem Kontext dem Recht und der Moral zukommen.

Helga Haftendorn, Berlin, 2. Mai 2006

Die NATO als Transmissionsriemen atlantischer Politik

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, die NATO als „Klammer des transatlantischen Interessen- und Wertebundes“ bezeichnet. Ausgelöst durch den Irak-Krieg gab es in den letzten Jahren jedoch grosse Differenzen zwischen Europa und Amerika. Sie waren auch eine Folge der Anpassung des Bündnisses an eine grundlegend veränderte internationale Situation und Kräfteverteilung. Die NATO musste sich auf neue Risiken und Gefahren einstellen, seine Streitkräfte umstrukturieren und neue Strategien entwickeln. Was muss getan werden, damit das Bündnis in Gegenwart und Zukunft eine belastbare Brücke über den Atlantik bietet?

Europa vs. Amerika vs. Europa: Vortragsreihe

(Fortsetzung von Seite 3)

Elisabeth Bronfen, Zürich, 9. Mai 2006

Der American Dream: Versprechen und Katastrophe eines Begriffs

Freiheit, Wohlstand und das Recht, nach Glück zu streben, verspricht die amerikanische Verfassung ihren Bürgern und verschriftlicht damit im Gesetz den biblischen Traum, von dem die ersten Siedler ausgegangen waren als sie den amerikanischen Kontinent betraten, um dort ihren von Gott gegebenen Auftrag umzusetzen. In diesem Vortrag sollen die religiösen und kulturpolitischen Implikationen des *american dream* anhand von literarischen und filmischen Beispielen vorgeführt und zugleich kritisch hinterfragt werden. Dabei steht nicht nur das Scheitern auf dem Spiel, das diesem Traum von Selbstverwirklichung von Anfang an inhärent war. Sowohl die Art, wie ein Absetzen von Europa seine Voraussetzung war, soll diskutiert werden wie auch der Umstand, dass dieser Traum in den letzten Dekaden vornehmlich auf der Ebene eines kulturellen Austausches auch wieder nach Europa umgeschlagen hat.

Harold James, Princeton, 16. Mai 2006

Americanization of the European economy? (auf Englisch)

How have European governments and corporations adapted to the challenge of a globalized economy, and how do they react to the competitive pressures from American and other corporations? Is it possible to speak of an Americanization of the European economy, or are there particular European strengths that will remain as valuable assets in a globalized world?

Andrei Markovits, Ann Arbor, 29. Juni 2006

Formen und Motive des Antiamerikanismus

Warum wird die Aversion gegen Amerika immer grösser, lauter, entschiedener? Der Referent zeigt, dass der Antiamerikanismus nur wenig mit dem konkreten Handeln der USA, dafür aber viel mit dem Status Amerikas als halluziniertes „Gegen-Europa“ zu tun hat. Er kommt nicht umhin, auch die antisemitische Seite des Antiamerikanismus aufzuzeigen.

Veranstaltungen

12. April 2006, 18.15 Uhr

„Europa entdecken?“

Informationsveranstaltung über das Studium am Europainstitut mit Dozierenden und Assistierenden, Europainstitut, Universität Basel

19. April 2006, 18.15 Uhr

„Möglichkeiten und Grenzen der Aufbauhilfe in Bosnien und Herzegowina. Das schweizerische Engagement“

René Holenstein, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, EDA, Bern
Europakolloquium,
Europainstitut, Universität Basel

21. April 2006,

Informationstag zu Masterstudien, Universität Basel

Stand des Europainstituts „MAS Europäische Studien (Master of Advanced European Studies)“ und Referat Prof. Dr. Georg Kreis, 18.30-19.00, Kollegiengebäude, Universität Basel

17. Mai 2006, 18.15 Uhr

„Perspektiven der europäischen Iran-Politik“

Botschafter Tim Guldemann, Europakolloquium, Europainstitut, Universität Basel

12. Juni 2006, 18.15 Uhr

„Interessenvertretung in Brüssel: Strategien und Erfolgsfaktoren für Unternehmen“

Kai Gramke, Leiter „Wirtschafts- und Europapolitik“, Prognos AG, Basel
Europakolloquium,
Europainstitut, Universität Basel

16. Juni 2006, 18.15 Uhr

„Grundrechtsschutz in Europa durch Gerichte“

Prof. Luzius Wildhaber, Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, Aula der Museen, Augustinergasse 2, Basel

16./17. Juni 2006, Tagung

„Die Europäische Menschenrechtskonvention und die nationale Grundrechtsordnung: Spannungen und gegenseitige Befruchtung“

Gemeinsame Tagung der Schweizer Sektion der Internationalen Juristenkommission (ICJ) und der Deutschen Juristenkommission in Zusammenarbeit mit dem Europainstitut der Universität Basel

4. September 2006, 18.00 Uhr

„Perspektiven der schweizerischen Europapolitik“

Botschafter Urs Bucher, Leiter Integrationsbüro, EDA, Bern
Vortrag im Rahmen der Jahresversammlung des Fördervereins des Europainstituts,
Europainstitut, Universität Basel

Bsuchen Sie regelmässig unsere **Homepage** und erfahren Sie mehr über unsere Veranstaltungen: www.europa.unibas.ch